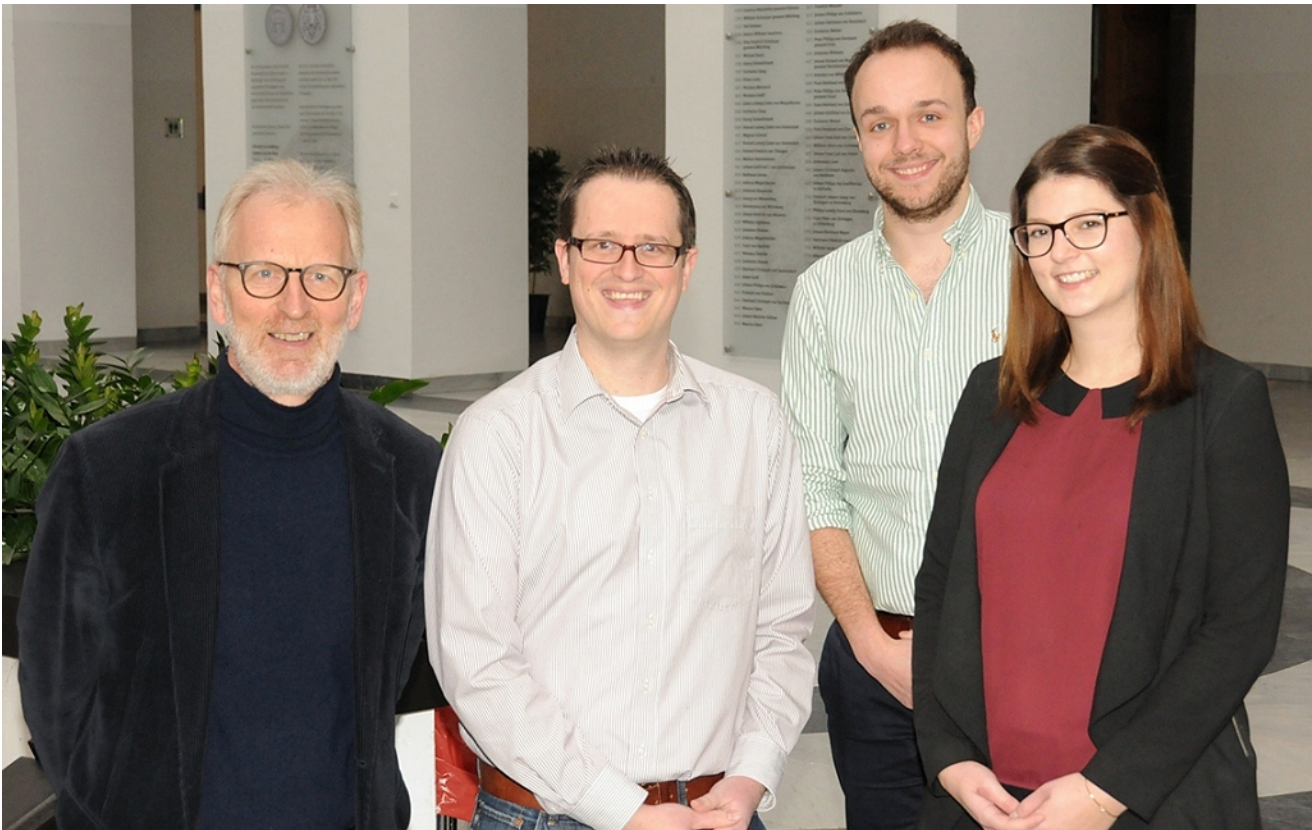


Nachhaltigkeit: Wenn die öffentliche Hand einkauft



Der Aspekt der Nachhaltigkeit soll bei Einkaufsentscheidungen der öffentlichen Hand mehr zum Tragen kommen: Das ist das Ziel eines neuen Forschungsprojekts an der Uni Würzburg. Der Bund finanziert es mit knapp einer halben Million Euro.

Eine Gemeinde möchte die Büroeinrichtung im Rathaus erneuern. Eigentlich würde die zuständige Abteilung aus Umweltschutzgründen gerne vom Bodenbelag über die Möbel bis zur Holz-Computermaus ausschließlich Produkte einkaufen, die weitestgehend aus nachwachsenden Rohstoffen hergestellt sind. Es ist allerdings damit zu rechnen, dass dies teurer wird als mit konventionellen Produkten, die aus begrenzten und meist erdölbasierten Rohstoffen hergestellt wurden. Darf die Gemeinde trotzdem dem Nachhaltigkeitsgedanken den Vorzug geben? Und, wenn ja: Wie muss die Ausschreibung in diesem Fall aussehen?

Gut 350 Milliarden Euro gibt die öffentliche Hand in Deutschland jedes Jahr für Güter und Dienstleistungen aus. Bei den Kriterien, nach denen sie ihre Aufträge vergibt, steht der Aspekt 'Wirtschaftlichkeit' im Sinne des besten Preis-Leistungs-Verhältnisses an oberster Stelle. Umweltfreundlichkeit oder soziale Kriterien fanden bislang als Qualitätsmerkmale hingegen nur vereinzelt Beachtung. 2016 hat der Gesetzgeber jedoch die Vergaberegelungen geändert. Seitdem können und sollen explizit in die Kaufentscheidung auch andere Kriterien einfließen, die unter dem Stichwort 'Nachhaltigkeit' firmieren. Dies sind umweltbezogene Eigenschaften, wie beispielsweise der Produktanteil aus nachwachsenden Rohstoffen, oder die Lebenszykluskosten eines Produkts, das heißt: von der Anschaffung bis zur Entsorgung, statt der unmittelbaren Anschaffungskosten.

Forschungsprojekt in der Wirtschaftswissenschaft

Die Anbieter nachhaltiger, biobasierter Produkte und die Einkäufer der öffentlichen Hand miteinander in Kontakt bringen: Das ist das verkürzt gesagt das Ziel eines neuen Forschungsprojekts an der Universität Würzburg. Wissenschaftler am von Professor Ronald Bogaschewsky geleiteten Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre und Industriebetriebslehre wollen den Informationsaustausch zwischen den beiden Seiten verbessern und die Akzeptanz biobasierter Produkte fördern. Das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) finanziert das Vorhaben über drei Jahre hinweg mit knapp einer halben Million Euro.

„Biobasierte Produkte können in besonderem Maße zur Erreichung von Nachhaltigkeitszielen beitragen“, erklärt Dr. Michael Broens, Wirtschaftswissenschaftler und Verantwortlicher für das Forschungsprojekt. „Biobasiert“: Darunter versteht der Fachmann alle Produkte, die aus nachwachsenden Rohstoffen hergestellt wurden – angefangen beispielsweise beim Papier über den Holzschreibtisch bis zum Biodiesel.

Ein doppeltes Informationsdefizit

Und obwohl es mittlerweile ein reichhaltiges Angebot solcher biobasierter Produkte gibt, zeigt die bisherige Praxis, dass diese nur in seltenen Fällen von öffentlichen Einrichtungen gekauft werden. Eine Art „doppeltes Informationsdefizit“ ist nach Broens Worten dafür verantwortlich: Zum einen seien viele dieser Produkte den Einkäufern nicht bekannt. Zum anderen fehle es häufig am Wissen, wie die entsprechende Ausschreibung dafür formuliert werden muss. „Vermutlich aus Angst davor, eine vermeintlich falsche Entscheidung zu treffen, bleiben viele Stellen deshalb beim Altbewährten“, sagt Broens.

Dieses Informationsdefizit wollen Professor Bogaschewsky und das Projektteam in den kommenden drei Jahren beseitigen. Dafür befragen sie in einem ersten Schritt deutschlandweit öffentliche Auftraggeber und Anbieterunternehmen biobasierter Produkte. Gut 3.300 Städte und Gemeinden mit mehr als 5.000 Einwohnern stehen dabei auf ihrer Liste. Von ihnen wollen die Wissenschaftler erfahren, welche Rolle aktuell biobasierte Produkte bei ihnen spielen, warum diese Rolle möglicherweise gering ist, und wie sich dies in der Zukunft entwickeln könnte.

Auf Seiten der Unternehmen interessiert das Team unter anderem, welche Rolle Aufträge der öffentlichen Hand für sie spielen, ob sie sich an Ausschreibungen beteiligen oder – wenn nicht – was sie davon abhält. „Transparenz über die Ist-Situation schaffen“: So beschreibt Michael Broens das Ziel dieser aufwendigen Studien. Die Ergebnisse sollen im Internet veröffentlicht werden und dort als „Grundlage für die langfristige Etablierung biobasierter Produkte“ dienen.

Austausch auf einer Social-Media-Plattform

Mit einer Social-Media-Plattform – einer Art Facebook für Einkäufer der öffentlichen Hand und Anbieter von Bioprodukten – wollen die Wissenschaftler im zweiten Schritt den Informationsaustausch intensivieren. Diese Plattform existiert bereits: das Verwaltungs- und Beschaffernetzwerk – eine Ausgründung des Lehrstuhls für Betriebswirtschaftslehre und Industriebetriebslehre, die seit einigen Jahren als GmbH betrieben wird.

„Hier tauschen sich bereits über 16.000 Mitarbeiter der öffentlichen Hand in über 100 Themengruppen zu für sie relevante Fachfragen aus – viele davon bezogen auf Beschaffungsentscheidungen, vom Feuerwehrfahrzeug über die Versorgung von Flüchtlingen bis hin zu IT-Systemen für das eGovernment“, erklärt Professor Bogaschewsky. Und entgegen der sonst strengen föderalen Grenzen und behördlichen Zuständigkeitsbereiche seien dort Teilnehmer aus Kommunen aller Bundesländer, aus Bundes- und Landesministerien, Hochschulen, Krankenhäusern, Zweckverbänden und vielen anderen Einrichtungen vertreten und arbeiteten „unkompliziert und hocheffizient“ zusammen.

Mehr Informationen über biobasierte Produkte

Der Vorteil dieser bisher einmaligen Social-Media-Plattform liegt auf der Hand: In einem – in Sachen Datenschutz und Vertraulichkeit vorbildlichen Netzwerk – können die mit den Vergaben betrauten Verantwortlichen und die Anbieter in Kontakt treten und sich untereinander austauschen. Der Gedanke der Nachhaltigkeit soll dabei in Zukunft eine größere Rolle spielen: „Über die Plattform werden wir im Zuge des Projekts nicht nur für die Ausschreibung der Beschaffungen relevante Vorgehensweisen aufzeigen, sondern auch die potentiellen Vorteile biobasierter gegenüber konventionellen Produkten“, erklärt Michael Broens.

Hierzu sollen auch die Anbieter durch Produktinformationen beitragen, aber natürlich auch die Best-Practice-Beispiele von Einrichtungen im öffentlichen Bereich, die schon heute biobasierte Produkte nutzen. Damit der Gedanke der Nachhaltigkeit in Zukunft bei allen Kaufentscheidungen der öffentlichen Hand stärker zum Tragen kommt als dies bisher der Fall ist.